

**Wahlprüfsteine der Lokalen Agenda 21  
zur Kommunalwahl 2020 in Rheda-Wiedenbrück**

Fragen an die Parteien und Gruppierungen, die im Rat vertreten sind und hierfür  
Kandidatinnen und Kandidaten für Rheda-Wiedenbrück aufstellen.

<b>Partei</b>	<b>Logo</b>	<b>Kürzel in Tabelle</b>
Bündnis90 Die Grünen		Grüne
CDU		CDU
Die Linke		Linke
FDP		FDP
Freie Wähler Gemeinschaft Rheda-Wiedenbrück		FWG
Move		Move
SPD		SPD

Eine Rückmeldung von der Linken lag uns bis jetzt leider nicht vor.

## Hinweise zur Fragenstellung

Die Fragen dienen dazu die grundsätzliche und damit auch strategische Positionierung der jeweiligen Partei zu diesen Themen herauszufinden und damit einen Parteienvergleich zu ermöglichen. Es wurden folgende (für die Lokale Agenda 21 relevante) Themenfelder angesprochen:

- **Umwelt und Natur**
- **Klimawandel und CO<sup>2</sup> Reduktion**
- **Verkehr und Leben in der Stadt**
- **Soziales und Wirtschaft**
- **Demokratie und Bürgerbeteiligung**

Die Antwortmöglichkeiten beinhalten drei grundsätzliche Positionierungen zu dem jeweiligen Thema:

Antwortmöglichkeit 1	Ein Rückgriff auf eher ursprüngliche Positionen bzw. Politikansätze der letzten Jahrzehnte.
Antwortmöglichkeit 2	Eine eher konservative Grundhaltung, Veränderungen sind möglich, aber mit Augenmaß.
Antwortmöglichkeit 3	Hier sind deutliche Veränderungen erwünscht und sollten mit Sorgfalt durchgesetzt werden.

Extreme oder radikale Antwortmöglichkeiten standen nicht zur Auswahl, sie waren in dem befragten Parteienspektrum auch nicht zu erwarten.

Des Weiteren bestand für die Parteien die Möglichkeit konkrete Forderungen zu diesen Themenbereichen aufzuführen.

Auf den folgenden Seiten sind die Antworten der Parteien original, ungekürzt und vollständig aufgeführt. Es hat keine redaktionelle Bearbeitung stattgefunden.

Im letzten Abschnitt nimmt die Lokale Agenda 21 Stellung zu den jeweiligen Themenfeldern und beschreibt ihre Ansicht über deren lokale Relevanz.

## Umwelt und Natur

Grundlegende Position	Ergebnis
Umwelt und Natur spielen im innerstädtischen Bereich nur eine untergeordnete Rolle. Naherholungsflächen (Parks etc.) sollen zwar erhalten bleiben, die Bereitstellung von Bau- und Gewerbeflächen hat ansonsten Vorrang. Reglementierungen z.B. von Gärten sollten nur in Ausnahmefällen erfolgen.	
Umwelt und Natur spielen im innerstädtischen Bereich ebenso eine Rolle wie die Bereitstellung von Bau- und Gewerbeflächen. Reglementierungen (z.B. Verbot von Schottergärten) sind durchaus zu erwägen.	Move FDP
Die Bereitstellung von neuen Bau- und Gewerbeflächen sollte erst nach eingehender Prüfung (Notwendigkeit) erfolgen und möglichst wenig Auswirkungen auf die Umwelt haben und entsprechende Maßnahmen (z.B. flächensparendes Bauen) sollten unterstützt werden. Reglementierungen (z.B. Verbot von Schottergärten) sind durchaus zu erwägen.	Grüne FWG CDU SPD

### Welche konkreten Maßnahmen/Vorschläge unterstützen Sie?



- Antrag Verbot von Schottergärten (bereits eingereicht)
- Gewerbeflächenerwerb hat etwas mit Stadt - Entwicklung zu tun
- Wir wollen eine endliche Stadtentwicklung. Nicht statisch, aber eine nachhaltige und integrierte Stadt-Umland-Entwicklung Die muss vor allen Dingen transparenter werden. Diese Debatte können, die müssen wir öffentlich mit den Bürgern führen
- Da geht es um die Frage wohin? Da geht es um die Frage des Umgangs mit endlichen Flächen, da geht es um die Frage: Was soll, muss im Vordergrund stehen? Immer weiter so?  
Wachstum, Flächenverbrauch? Wo soll es hingehen? Wie viel Bedarf an neuen Gewerbeflächen soll vorgehalten werden?
- Oder einfach mal innehalten. Wir bewegen uns auf die 50.000 Einwohnermarke zu. Was ist uns wichtig?
- In den letzten fünf Jahren wurden täglich etwa 10 Hektar unverbaute Fläche mit Straßen oder für Siedlungen bebaut

Im Masterplan der Stadt steht: Der Umgang mit endlichen Flächen ist und bleibt eine zentrale Herausforderung der nachhaltigen Stadtentwicklung.



Umwelt- und Naturschutz sind kein Gegensatz zur Ausweisung neuer Baugebiete und Gewerbeflächen. Als FDP setzen wir uns für einen wirkungsvollen Schutz von Natur und Umwelt ein. Dazu gehören für uns

- Einrichtung weiterer von Natur- und Erholungsflächen
- Anlage von Blühstreifen zum Insektenschutz entlang von Straßen und Wegen

- Kommunale Strategie zum Schutz der (städtischen) Wälder
- Weiterer Ausbau der Kläranlage zum Schutz vor Einleitung von Mikroschadstoffen und Mikroplastik
- Sicherung von Frischluftschneisen
- Mehr Bäume in Neubaugebieten; Aufforstung von Wäldern und anderen Flächen
  
- Reine Symbolpolitik, etwa ein Verbot von Schottergärten, sehen wir indes nicht.

---

WIR KÜMMERN UNS!

**SPD** Rheda-Wiedenbrück

Einführung und konsequente Umsetzung einer Baumschutzsatzung  
Mehrgeschossige Bauweise intensivieren

## Klimawandel und CO<sup>2</sup> Reduktion

Grundlegende Position	Auswahl
Die Existenz eines Klimawandels oder der Einfluss des Menschen auf einen Klimawandel wird in Frage gestellt. Aus diesem Grund werden keine konkreten Maßnahmen zur CO <sup>2</sup> -Reduktion in Erwägung gezogen.	
Die Existenz eines menschenverursachten Klimawandels wird nicht in Zweifel gezogen. Die lokalen Möglichkeiten sind allerdings begrenzt und eine CO <sup>2</sup> -Reduktion sollte nicht im Mittelpunkt der Lokalpolitik stehen. Einzelne Maßnahmen können durchaus unterstützt werden.	Move
Der menschenverursachte Klimawandel und seine Folgen werden in den nächsten Jahren immer drastischere Folgen mit sich bringen, die auch lokal sichtbar werden (Trockenheit, Baumsterben). Deshalb sollte die Stadt alle Entscheidungen auch bezüglich der Auswirkungen auf das Klima mit in ihrer Entscheidung berücksichtigen und die Klimapolitik als einen zentralen Teil Ihrer Lokalpolitik betrachten.	Grüne FWG CDU FDP SPD

### Welche konkreten Maßnahmen/Vorschläge unterstützen Sie?



- **Klimawandel war gestern – heute ist Klimanotstand.**
- Als erstes Klimanotstand erklären, anerkennen dass der menschengemachte Klimawandel real ist und eingedämmt werden muss. Politische Entscheidungen sind so zu treffen, dass die Maßnahmen klimaschützend oder zumindest klimaneutral sind.
- Alle Verwaltungsvorlagen sind entsprechend vorzubereiten (z.B. Darlegung der Auswirkungen)
- Aufbau von Stadtquartieren anders gestalten, z.B. gegenseitige Gebäudeverschattung
- Fassaden und Dächer begrünen
- größere Wasserflächen einbeziehen
- mehr kühle Räume in denen man sich aufhalten kann, in Schulen, Seniorenunterkünften, Krankenhäusern, an Arbeitsplätzen.
- Künftig wird für Neubauten eine in der Jahresbilanz klimaneutrale Energieversorgung mit möglichst hohem Anteil lokal verfügbarer regenerativer Energien als Ziel fixiert.
- **Die Forderung des Landesverbandes Erneuerbarer Energien NRW (LEE) Bürgerenergieprojekt im Sinne der Erneuerbaren-Energie-Richtlinie in die Lage zu versetzen, sich aktiv am Ausbau erneuerbarer Energien zu beteiligen, wird unterstützt.**  
Eine Freistellung von verpflichtenden Ausschreibungen sollten deshalb unter bestimmten Voraussetzungen vorgesehen werden, sowie die Möglichkeiten zur Kooperation mit lokalen Energieversorgern gestärkt werden.
- Mehr Fahrradstraßen

Klimaautark werden. In Zusammenarbeit mit den Stadtwerken wird kurzfristig ein Energiekonzeption erarbeitet (2021/22) welches die Chancen einer energieautarken Stadt aufzeichnet. Mittelfristig soll nicht mehr nur erneuerbarer Strom verkauft, sondern selber produziert werden. Langfristig z.B. in 20 Jahren wollen wir als Stadt unabhängig von anderen Stromerzeugern sein

---



Selbstverständlich müssen die Folgen des Klimawandels in kommunale Entscheidungen einbezogen werden. Hauptursache für den Klimawandel ist CO<sub>2</sub>. Dadurch ist klar, dass wir das Problem in Rheda-Wiedenbrück nicht alleine lösen können. Dennoch müssen auch wir unseren Beitrag zu einer wirkungsvollen CO<sub>2</sub>-Reduktion leisten bzw. dazu beitragen, dass mehr CO<sub>2</sub> natürlich gebunden wird. Hierzu zählen für uns

- Aufforstungsprogramme der städtischen Wälder und mehr Bäume im öffentlichen Raum
- Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden und Einrichtungen
- Mittelfristige Umstellung (soweit technisch und wirtschaftlich vertretbar) des kommunalen Fuhrparks auf alternative Antriebstechnologien
- Politische Förderung von Lade-/Tankmöglichkeiten für alternative Antriebe
- Möglichst energieautarke Neubauten durch die Stadt.

Auflagen oder Anforderungen im Rahmen der Bauleitplanung an Bauwillige lehnen wir jedoch ab. Wir begrüßen es, wenn Menschen ihr Einfamilienhaus klimaneutral errichten. Allerdings müssen die Anreize durch einen wirkungsvollen CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel hierzu auf bundesgesetzlicher Grundlage geschaffen werden, sodass der CO<sub>2</sub>-Verbrauch einem höheren Marktpreis unterliegt.

---



Kompletter Verzicht / Verbot von Kunststoffprodukten bei allen Veranstaltungen in Rheda-Wiedenbrück

Solaranlagen für alle Schulen

Eigenes kommunales Förderprogramm für regenerative Energien

## Verkehr und Leben in der Stadt

Grundlegende Position	Auswahl
Es sollte weiterhin sichergestellt werden, dass der Autoverkehr innerhalb der Stadt zügig fließen kann. In Einzelfällen oder an zentralen Plätzen kann durchaus verkehrsberuhigt werden, der individuelle Autoverkehr sollte aber immer berücksichtigt werden.	FDP
Es muss ein Ausgleich zwischen dem motorisierten Verkehr und zusätzlichen Flächen für Fahrradfahrer und Fußgänger erzielt werden. Dort wo Platz ist können auch Spuren für Fahrradfahrer gebaut werden können.	Move CDU
Es sollte ein grundsätzliches Umdenken über die Verkehrs- und Flächenplanung erfolgen. Innerstädtische Bereiche sollten weitgehend verkehrsberuhigt werden und Vorrang für Fahrradfahrer, Fußgänger, ÖPNV und öffentliches Leben geschaffen werden, Vorbild wäre hierzu die Konzepte von niederländischen oder skandinavischen Städten.	Grüne FWG SPD

### Welche konkreten Maßnahmen/Vorschläge unterstützen Sie?



Die Mobilität, wie wir sie kennen, steckt in der Krise.

Umfassende Verkehrswende auch in den Innenstädten

Gefördert werden müssen die „grünen“, umweltfreundlichen Verkehrsarten – Bahn und ÖPNV – Fahrradstraßen.

Das Zufußgehen und Radfahren macht heute in Städten bereits wieder bis zu 30 Prozent aller Personenwege aus. Anteil muss deutlich erhöht werden.

Förderung des Car -Sharing

Stärkere Vertaktung der Busverbindungen mit den überregionalen Bus- und Bahnverbindungen

Förderung von Wohnen und Arbeiten. Stadt der kurzen Wege“ umzusetzen. Siedlungserweiterungen ohne Anschluss an umweltverträgliche Verkehrssysteme ausschließen

Städtebaupolitisch muss der öffentliche Raum wieder mehr zum Aufenthalts- und Begegnungsort umgestaltet werden. Gleichberechtigung alle Verkehrsteilnehmer. Verkehrsflächen sind gerechter aufzuteilen.(z.B. Lange Str., Wasserstr., Ringstr. Bahnhofstr.



Wir möchten voranstellen, dass der Begriff „Autoverkehr“ für uns Technologieoffenheit bedeutet und nicht einseitig auf den Verbrennungsmotor beschränkt werden darf.

Alternative klimaneutrale Antriebstechnologien, die wir sehr begrüßen, fallen für uns auch

hierunter. Sie gilt es zu fördern, denn individuelle Mobilität wird es in einem Flächenkreis wie dem Kreis Gütersloh mit vielen Auspendlern auch in Zukunft geben.

Grundsatz unserer Politik ist, dass wir Wohnstraßen weitgehend vom Autoverkehr befreien möchten und hierzu weitere Straßen als Fahrradstraßen ausweisen werden (z.B. unser Antrag betreffend die Fürst-Bentheim-Straße). Zudem möchten wir die Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer auf Hauptstraßen durch Fahrradstreifen weiter erhöhen und neue Fahrradwege abseits von Straßen bauen.

Auf der anderen Seite muss der Autoverkehr auf den Hauptstraßen zügig fließen können. Daher lehnen wir dort jede Verkehrsberuhigung, künstliche Einengung der Fahrbahn oder generelle (anlasslose) Geschwindigkeitsbegrenzungen ab. Zudem fordern wir intelligente Ampelschaltungen, die Wiedereinführung grüner Pfeile und ein Verkehrskonzept für den stauanfälligen Bereich Gütersloher Straße / Schloßstraße / Wilhelmstraße, um Staus zu vermeiden und den Verkehr fließen zu lassen.

So können wir die Akzeptanz des Radverkehrs deutlich erhöhen, ohne Radfahrer gegen Autofahrer auszuspielen. Für eine Stärkung des ÖPNV verweisen wir auf unseren sehr umfangreichen diesbezüglichen Antrag:

<https://www.fdp-rheda-wiedenbrueck.de/stadtbus/>



Stärkung des ÖPNV, z.B. durch Einführung einer Schnellverbindung zwischen Rheda und Wiedenbrück

Das Fahrrad hat als Transport- und Fortbewegungsmittel oberste Priorität

Verbund des ÖPNV mit der Fahrradinfrastruktur

Kein Ausbau des Südrings!

## Soziales und Wirtschaft

Grundlegende Position	Auswahl
Die Stadt sollte den Fokus auf weitere Ansiedlungen und das Wachstum von Gewerbebetrieben und den damit verbundenen Steuereinnahmen setzen. Soziale Auswirkungen und Auswirkungen auf das innerstädtische Leben sollten nachgängig behandelt werden.	
Es muss ein Ausgleich zwischen der Ansiedlung/Wachstum von Gewerbebetrieben und den damit verbundenen sozialen Folgen und dem Stadtbild erfolgen. Genehmigungen sollten nur erteilt werden, wenn ein entsprechendes Gesamtbild erstellt wurde und die Auswirkungen vertretbar sind.	Move FWG FDP
Die Stadt hat eine grundlegende gesamtgesellschaftliche und soziale Verantwortung. Die Ansiedlung und der Ausbau von Gewerbebetrieben ist grundsätzlich erwünscht, die Auswirkungen sollten aber einer intensiven Überprüfung unterzogen werden und im Zweifel auch dagegen entschieden werden können.	Grüne CDU SPD

### Welche konkreten Maßnahmen/Vorschläge unterstützen Sie?



Unser Antrag z.B. zum neuen Gewerbegebiet Kiefernweg. Dieser steht beispielhaft für unsere Position zur Ausweisung von GG

1. Der BPUV – Ausschuss beschließt die Vertagung des Satzungsbeschlusses zum Gewerbegebiet Kiefernweg.
2. Die Verwaltung wird beauftragt - **möglichst schon** in Zusammenarbeit mit dem neu eingerichteten Klimamanagement eine nachhaltige Gesamtkonzeption unter Berücksichtigung klimarelevanter Aspekte **und** in Anlehnung an die Vorgaben einer modernen Bauleitplanung zu erstellen. **Dabei sollten berücksichtigt werden z.B. Standards zur Energieeffizienz der Gebäude, Nutzung** erneuerbarer Energien, Energieeinsparung **bei der Produktion**, Energiemonitoring, evtl. Kooperationsverträge, Kreislaufwirtschaft, Eignungskriterien für Unternehmen, Beratung + Begleitung der Unternehmen, nachhaltige verkehrliche Maßgaben etc.

Wir Grüne haben diese Planung einer Neubewertung unterzogen

Wir werden das unterstützen

- ✓ wenn es qualitatives Wachstum fördert
- ✓ ökologisch verträglich ist,
- ✓ Klimaneutralität zum Ziel hat
- ✓ und es einen entsprechenden Flächenausgleich gibt.
- ein GG mit klaren Vorgaben + zusammenhängendem nachhaltigen Konzept
- ✓ energetisch, energieeffizient, Wärmeschutz, Gebäudedämmung, Energiekooperationen zwischen Firmen ,

- ✓ Verbrauchsreduktion der Ressourcen z.B. Wasser,
- ✓ Immissionswerte für Schmutz und Geruch, Ökologie,

sozial: qualitative ,saubere innovative und vor allem Gemeinwohl betriebene Arbeitsplätze, Start-Up-Branche heranziehen, Arbeitsplatz Index, Arbeitsplatz – Flächenindex,

---



Wir fordern eine verantwortungsvolle Weiterentwicklung von zusätzlichen Gewerbeflächen, um die Abwanderung von Gewerbebetrieben in andere Kommunen zu vermeiden. Es wäre z. B. die Umnutzung des Max-Bahr-Geländes in einen kleinteiligen Gewerbe- und Handwerkerpark denkbar. Die Politik muss hierzu die Rahmenbedingungen schaffen.

---



Wir sind in der glücklichen Situation, dass Rheda-Wiedenbrück ein gefragter Gewerbestandort ist. Daher kann die Stadt durchaus differenzieren, welche Unternehmen sich ansiedeln sollen. Kriterien wie Anzahl der Arbeitsplätze und prognostiziertes Gewerbesteueraufkommen sind hier ebenso einzubeziehen wie etwa Lärmschutz oder soziale Belange. Beim städtischen Gewerbegebiet am Kiefernweg werden diese Kriterien u.E. bedacht.

Die Ansiedlung von Amazon auf der AUREA war indes ein Fehler, weil soziale Belange nicht hinreichend gewürdigt wurden und auch Kriterien wie Gewerbesteuer, etc. u.E. nicht zufriedenstellend sind. Hier müssen künftig zwingend die Räte beteiligt werden. Daher haben wir im Jahr 2017 einen Antrag eingereicht, der dies sicherstellen sollte:

<https://www.fdp-rheda-wiedenbrueck.de/2017/10/20/lehren-aus-amazon-ansiedlung-ziehen/>

Der Antrag wurde leider von der CDU abgelehnt.

---



Leitgedanke: Qualitative statt quantitative Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Rheda-Wiedenbrück, z.B. durch die Umsetzung eines Coworking Space für Start-Ups, Freelancer, Großfirmen und Vereine

Künftig neu ausgewiesene Neubaugebiete werden speziell unter dem Aspekt des Mehrgenerationengedankens mitgeplant

Sicherung der Grundversorgung in den Dörfern z.B. durch die Einführung eines städtisch geförderten mobilen Minisupermarktes

## Demokratie und Bürgerbeteiligung

Grundlegende Position	Auswahl
In einer repräsentativen Demokratie sind die gewählten Vertreter für die politische Willensbildung verantwortlich und besitzen entsprechende Entscheidungsbefugnisse. Bürgerbeteiligungen, offene Bürgerforen oder andere Beteiligungsforen sind nicht demokratisch legitimiert und sollten entsprechend nicht unterstützt und auch nicht gefördert werden.	
Die politische Entscheidungsbefugnis obliegt den (demokratisch legitimierten) gewählten Vertretern. Darüber hinaus sollte die Stadt offene Bürgerforen und andere politische Teilhabe fördern und somit für einen Dialog mit den Bürgern eintreten.	FWG CDU
Die politische Entscheidungsbefugnis obliegt den (demokratisch legitimierten) gewählten Vertretern. Diese können jedoch im Einzelfall durch ebenfalls demokratisch legitimierte Volksentscheide ergänzt werden. Die Stadt sollte grundsätzlich Bürgerbeteiligungen und andere politische Teilhabe fördern und somit für einen verstärkten Dialog mit den Bürgern eintreten.	Grüne Move FDP SPD

### Welche konkreten Maßnahmen/Vorschläge unterstützen Sie?



Die Bürgerbeteiligung wie sie z.B. bei der Gestaltung der Innenstädte beim Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) durchgeführt wird, ist ein guter Ansatz.

Um mehr Jugendliche für Entscheidungsprozesse für das Leben vor Ort, auf Landes- und auf Bundesebene zu begeistern, setzen wir uns für das Wahlrecht ab 16 auch über der Kommunalebene hinaus ein.

Demokratische Prozesse sind nicht immer nur Abstimmungen, sondern eine Demokratie lebt von dem Austausch von Positionen und Meinungen, dem Wechsel der Perspektiven der Beteiligten, also auch der Menschen, die es angeht. Und letztlich geht es darum Kompromisse zu finden, mit denen die Mehrheit und im besten Fall sogar alle gut leben können.

Das Modell eines Bürgerrats für konkrete Entscheidungen gibt den Bürgern die Möglichkeit nicht nur Anregungen zu geben, sondern auch wirklich mitzuentcheiden.

Anhang von konkreten örtlichen Belangen wird ausgehandelt, welche Varianten es gibt am Ende eine für die Politik verbindliche Entscheidung getroffen. Wir würden ein Pilotprojekt in Rheda-Wiedenbrück befürworten.

Als mögliche Variante zu einem dauerhaften Jugendparlament könnte man auch konkrete Anliegen von Kindern und Jugendlichen in solch einem professionell begleiteten Jugend-Bürgerrat diskutieren und abstimmen lassen.



Siehe hierzu unsere initiierte Petition zum Thema Kolpingstr. sowie unseren Bürgerantrag zur Verkehrsberuhigung Doktorplatz.

---



Wir Freie Demokraten fordern eine bessere Bürgerbeteiligung, z.B. durch Anhörungen, Informationsveranstaltungen zu bestimmten Projekten, Bürgerhaushalte oder ein Jugendparlament. Die Bürgerentscheide etwa zur Zukunft der Ernst-Barlach-Realschule oder der Wenneberschule haben gezeigt, dass die Bürgerschaft sehr wohl differenzierte Entscheidungen treffen kann. Dies können wir uns bei grundsätzlichen Entscheidungen, die die Stadtentwicklung der nächsten Jahrzehnte betreffen, durchaus als Ratsbürgerentscheid vorstellen.

---



Einrichtung eines Jugendparlamentes, entwickelt auf dem Projekt „Demokratie leben“ mit kontinuierlicher, professioneller Begleitung, eigene Projektplanung und -umsetzung; z.B. im Dialog mit Jugendlichen Freiräume für sie identifizieren, planen und umsetzen  
Wiedereinführung eines Kulturausschusses, damit die Kulturpolitik nicht in einer GmbH, sondern öffentlich gesteuert wird; unterstützt wird der Kulturausschuss durch einen Kulturbeirat von Bürgern und Bürgerinnen

## Stellungnahme der lokalen Agenda 21

Als neutrales und parteiunabhängiges Bürgerforum können und wollen wir keine Empfehlung für die Wahl von einzelnen Parteien aussprechen. Als engagierte Bürger, die in der Stadt bereits einiges bewegt haben (Repair Cafe, Obstbaumaktion, Veranstaltungsreihen, Maskennähaktion etc.) und vielfach über Jahrzehnte ehrenamtlich tätig sind, müssen wir aber Stellung zu den einzelnen Themenbereichen beziehen und deutlich machen, was aus unserer Sicht für die Entwicklung der Stadt wichtig ist.

Geht man mit offenen Augen durch die Stadt, so sieht man:

- Der innerstädtische Wald: Er ist nicht geschädigt, er liegt im Sterben: In den nächsten Jahren werden nicht nur die meisten Nadelhölzer gefällt werden müssen, sondern auch über hundert Jahre alte heimische Buchen, Ahorne, Robinien und Eichen. Das sind die faktischen Folgen des Klimawandels direkt vor unseren Augen und wird deutliche Auswirkungen auf das Stadtklima haben.
- Innenstädte: Die Verödung der Innenstädte erreicht inzwischen auch Wiedenbrück. Ein Gang durch die lange Straße mit seinen Leerständen sollte jedem vor Augen führen, dass wir hier alte Positionen, die vor Jahren einmal richtig waren, überdenken müssen.
- Fahren Sie einfach einmal mit dem Fahrrad durch Rheda-Wiedenbrück. Wenn Sie nicht gerade das Glück haben durch die Flora fahren zu können, beachten Sie bitte einmal die Verkehrsführung und die Gefahrenstellen. Die Innenstädte Rheda und Wiedenbrück zeigen deutlich, dass hier immer noch dem Autoverkehr Vorrang vor allen anderen Verkehrsteilnehmern gegeben wird, anders als bspw. in der Innenstadt Lippstadts.

Es nützt nichts, an alten „Verkehrskonzepten“ festzuhalten. Die Attraktivität für die Verweildauer in der Innenstadt wird nicht erhöht, indem man weiterhin dem Autoverkehr Vorrang gibt. Kleinere Grünflächen, weniger Beton, weniger Autos, besserer Zugang für Fahrradfahrer und Fußgänger und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder können dies in der Tat erhöhen.

Es nützt nichts so zu tun, als ob uns der Klimawandel lokal nichts angehen würden. Wir werden uns über die Grünflächen, Wasserversorgung, dem städtischen Klima usw. zwangsweise unterhalten und Lösungen finden müssen, dies möglichst verträglich zu gestalten. Auch lokal haben wir eine globale Verantwortung.

Es nützt nichts, die sozialen Probleme, insbesondere in Rheda, zu verdrängen oder sich in Schuldzuweisungen an einzelne Akteure zu üben. Wir müssen diese Themen aktiv gestalten und Lösungen finden.

Das wichtigste ist, dass wir in der Stadt in einen konstruktiven Dialog mit möglichst allen Beteiligten treten und nicht anfangen zu polarisieren.

**Gehen Sie zur Wahl und nehmen Sie Ihre demokratische Rechte wahr!**

<https://de-de.facebook.com/LA21.RHWD/>

<https://la21-rhwd.de/kategorie/aktuelles/>